

**Geschäftsführung
Seniorenbeirat**

Es informiert Sie	Silke Meuter
Telefon (0202)	+49 202 563 2336
Fax (0202)	+49 202 563 8531
E-Mail	silke.meuter@stadt.wuppertal.de
Datum	20.06.2018

**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Seniorenbeirates (SI/1628/18) am 19.06.2018**

Anwesend sind:

Beiratsmitglieder

Herr Jochen Börger , Frau Maria del Rosario Fernandez Bravo , Herr Franz Hesse , Herr Rainer Keßler , Frau Johanna Niedermüller , Frau Cornelia-Maria Schott , Frau Anne Simon , Herr Gerd Tumeltshammer , Frau Ruth Yael Tutzinger ,

von der SPD-Fraktion

Frau Doris Blume , Herr Günter Heekerens , Frau Heidi Schlegel ,

von der CDU-Fraktion

Herr Franz-Adalbert Grunwald , Frau Rosemarie Gundelbacher ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Marcel Gabriel-Simon , Frau Ulrike Hörster ,

von der Fraktion DIE LINKE

Frau Kirsten Gerhards ,

von der FDP-Fraktion

Herr Ralf Otto Jacob ,

von der WfW-Fraktion

Frau Monika Kasten ,

Beirat der Menschen mit Behinderung

Herr Günter Andreß ,

von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kühn ,

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Marianne Krautmacher ,

Schriftführerin:

Silke Meuter

Beginn: 11:00 Uhr

Ende: 12:45 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Frau Gundelbacher begrüßt die Mitglieder und Zuschauer sowie Herrn Trapp und Herrn Höllwarth von der Wuppertaler Rundschau.

Für die nächste Ausgabe des Beilagenteils Evergreen der Wuppertaler Rundschau wird ein Foto aller anwesenden Mitglieder im Seniorenbeirat gemacht. Berichte des Seniorenbeirates sind nun fester Bestandteil in dem Beilagenteil.

2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.04.2018

Genehmigt ohne weitere Meldungen.

3 Personelle Situation im Bereich der Pflege - Hintergrund Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung - Frau Krautmacher, Sozialamt und Vertreter von Pflegeeinrichtungen

Zu dem Thema berichten Frau Krautmacher und Herr Döhring, Sozialamt sowie Herr Bürgener, Herr Keßler und Frau Schott, Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, und desweiteren Frau Adams und Herr Scheyer von der Arbeitsgemeinschaft freie ambulante Krankenpflege e.V. (LFK).

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung beinhaltet die Schaffung von 8000 neuen Arbeitsplätzen in der Pflege, um den Bereich der Altenpflege dringend auszubauen. Minister Spahn hat inzwischen ein Sofortmaßnahmenprogramm gestartet, mit dem inzwischen 13000 neue Stellen geschaffen und die Pflegeeinrichtungen bei der Digitalisierung unterstützt werden sollen. Außerdem soll die Ausbildung im Pflegebereich attraktiver gestaltet werden.

Der zweite große Bereich, Pflege in Krankenhäusern, ist in den Maßnahmen noch nicht berücksichtigt worden.

Fraglich ist aus Sicht von Herrn Bürgener, ob die Stellen überhaupt besetzt werden können. Der Beruf der Altenpflege hat in der Gesellschaft kein großes Ansehen, wird sogar als körperlich viel zu schwer, unterbezahlt und familienunfreundlich gesehen und größtenteils dargestellt. Aus diesem Grund wird es schwierig werden, Personal zu gewinnen.

Werden die zu schaffenden Stellen auf die in der BRD vorhandenen Altenpflegeeinrichtungen umgerechnet, gewinnt jeder Bewohner einer Altenpflegeeinrichtung lt. Herrn Keßler gerade mal 2 Minuten mehr Zeit in der Woche. Dies wird den Pflegenotstand nicht aushebeln. Desweiteren ist die Finanzierung noch nicht geklärt. Die Kosten sollen von den Krankenversicherungen aus dem SGB V gezahlt werden. Da Pflege aber aus dem SGB XI finanziert wird, verweigern die Krankenkassen die Kostenübernahme und die Pflegekassen haben keine Rechtsgrundlage zur Kostenübernahme.

Derzeit können lt. Herrn Bürgener in der stationären Pflege alle Stellen besetzt

werden. Große Probleme werden in ca. 10 Jahren entstehen, wenn ein Großteil der jetzt in der Altenpflege beschäftigten Personen in Rente gehen. Die dort wegbrechenden Kräfte können nicht ersetzt werden, da kein Nachwuchs besteht. Schwierigkeiten werden auch bei der vorstehenden Digitalisierung gesehen, da sowohl Personal als auch Kunden den Umgang damit lernen müssen.

Die Ausbildung soll künftig generalistisch erfolgen. Dies bedeutet, dass die Ausbildung in der Pflege nicht mehr speziell in der Altenpflege oder Krankenpflege erfolgt, sondern Akut – und Langzeitpflege zusammengefasst wird. Die Spezialisierung erfolgt dann in der Ausbildung folgenden Fort- und Weiterbildungen. Dies ist in Wuppertal von der Akademie der diakonischen Altenhilfe ab 01.01.2020 geplant, wie Frau Schott ausführt. Schwierig wird hier ebenfalls die Finanzierung sein, da dies noch nicht abschließend geklärt ist. Zurzeit erhalten Ausbildungsbetriebe der Altenhilfe pro Auszubildenden 280 € und in der Krankenpflege 450 €.

Auch im Bereich der ambulanten Pflege ist die Situation aus Sicht der LFK trotz seit 2013 deutlich gestiegener Ausbildungszahlen sehr angespannt. Viele andere Arbeitgeber, z.B. Kranken- und Pflegekassen, Sanitätshäuser etc., ziehen gezielt Pflegekräfte vom Arbeitsmarkt ab. Die Arbeitsbelastung ist lt. Herrn Scheyer vergleichsweise hoch, da die Pflegebedürftigen immer älter und kränker werden, die körperliche Belastung und Verantwortung durch die Arbeit alleine vor Ort ist sehr hoch und auch der dichter werdende Verkehr im Stadtgebiet führt zu mehr Stress und Zeitdruck. Die Gewinnung von neuem Personal ist hierdurch sehr erschwert. Leiharbeit wird in dem Bereich aufgrund zu langer Einarbeitungszeiten und der nur kurzen Verfügbarkeit des Personals nicht umgesetzt. Die ambulante Pflege profitiert von der Maßnahme der Bundesregierung gar nicht.

Aus Sicht der Heimaufsicht ist jetzt schon feststellbar, dass die Fachkraftquote von 50 % zwar nach wie vor erreicht wird, aber stark gesunken ist. Kleinere Pflegeeinrichtungen können teilweise keine Ausbildung anbieten, so dass der Fachkraftmangel hier extrem ist. Wenn keine massive Änderung im Ausbildungsbereich eintritt, steht zu befürchten, dass die Fachkraftquote recht schnell auf unter 50 % sinken kann.

Die Berichtenden sind sich einig, dass die Schaffung der 13000 Stellen in der Pflege ein gutes Signal ist, aber die Probleme im Bereich der Altenpflege nicht lösen werden. Die Gesellschaft, die Medien und jeder Einzelne im Seniorenbeirat sollte den Beruf der Altenpflege positiver darstellen, um am positiven Image des Berufs mitzuwirken und damit mehr Nachwuchskräfte zu gewinnen.

4

Bericht zum Umsetzungsstand des Bundesteilhabegesetzes in der Sozialverwaltung
Vorlage: VO/0338/18

Frau Isenberg erläutert den Umsetzungsstand des BTHG mit Stand von April 2018. Da der Gesetzgeber noch kein Landesausführungsgesetz erlassen hat, sind noch viele Themen ungeklärt, was die weitere Bearbeitung von einer Vielzahl von Fällen angeht. Desweiteren führt Frau Isenberg hierzu aus, dass es nicht absehbar ist, ob es zu einer Fallzahlerhöhung aufgrund der verschobenen Grenzen kommen wird. Eine Personalaufstockung kann erst erfolgen, wenn eine konkrete Aufgabenbenennung durch das Land erfolgt. Auf die Frage von Frau Gerhards erläutert Frau Isenberg grob die künftige Berechnung der Hilfe zum Lebensunterhalt für Menschen mit Behinderung in Einrichtungen.

Herr Börger kommt in dem Zusammenhang auch nochmal auf TOP 3 zurück und fragt, wie der Seniorenbeirat zu den Themen Initiative ergreifen kann. Frau Gundelbacher verweist auf die Sitzungen der Landesseniorenvertretung, Presse und die Möglichkeit der Fraktionen Anträge an die Landesregierung zu stellen hin. Herr Grunwald führt aus, dass der Seniorenbeirat das Thema an den Ausschuss Soziales, Familie und Gesundheit zwecks weiterer Beratung verweisen kann.

Beschluss des Seniorenbeirates vom 19.06.2018:

Entgegennahme ohne Beschluss

5 Rückmeldung Umgang mit öffentlichen Toiletten - Antrag der SPD-Fraktion aus der Sitzung vom 17.04.2018

Frau Gundelbacher verliest das Antwortschreiben des Büro des Oberbürgermeisters zum Thema. Die Hauptaussage ist, dass die Verwaltung sich zurzeit noch in Prüfung befindet, wie mit dem Thema öffentliche Toiletten umgegangen werden wird.

**6 SPD-Fraktion Sachstandsbericht zur Barrierefreiheit der neuen Schwebbahnwagons
Vorlage: VO/0341/18**

Die SPD-Fraktion stellt durch Herrn Heekerens den Antrag, den Antrag auf die nächste Sitzung des Seniorenbeirates am 04.09.2018 zu vertagen. Der Seniorenbeirat stimmt einstimmig zu.

Beschluss des Seniorenbeirates vom 19.06.2018:

Vertagt auf die Sitzung am 04.09.2018

7 Bericht der Vorsitzenden

Frau Gundelbacher verschiebt den Bericht der Vorsitzenden aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung.

8 Mitteilungen aus der Verwaltung

Frau Krautmacher macht auf den Tag der Selbsthilfe am 23.06.2018 auf dem Willi-Brandt-Platz in Elberfeld aufmerksam.

9 Verschiedenes

- Herr Jacob bittet um Bericht aus der Verwaltung zu dem Thema der niedrigschwelligen Angebote zur Unterstützung im Alltag
- Herr Grunwald macht auf das Faire Trassenfest am 23.06.2018 in der Zeit von 13 Uhr bis 18 Uhr sowie auf den Seniorentag der KAB am 10.10.2018 aufmerksam
- Frau Simon bittet die Mitglieder des Seniorenbeirates darum, künftig für die Getränke eigene Gläser/Becher mitzubringen oder aus den vorhandenen kleinen Glasflaschen zu trinken, um die genutzten Plastikbecher zu vermeiden
- Frau Gerhards bittet darum in der nächsten Sitzung vom 12. Deutschen Seniorentag berichten zu können

Stv. Rosemarie Gundelbacher
Vorsitzende

Silke Meuter
Schriftführerin